

# Laibacher Zeitung.

Nr. 141.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 22. Juni

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1868.

## Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. Juni d. J. den Sectionsrath Friedrich Ritter v. Rosner zum Ministerialrath im Finanzministerium und den mit dem Titel und Charakter eines Sectionsrathes bekleideten Ministerialsecretär Dr. Julius Fierlinger zum Sectionsrath in diesem Ministerium allergnädigst zu ernennen geruht.

Brestel m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. Mai d. J. allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Professor am baltischen Polytechnicum in Riga Dr. A. Toepfer als ordentlicher Professor der allgemeinen und experimentellen Physik an die Universität in Graz berufen werde.

Sasner m. p.

## Nichtamtlicher Theil.

### England und Rußland in Asien.

London, 15. Juni. Zwischen fünf bis sieben Millionen Pfund Sterling sind ausgegeben worden, um die paar Gefangenen in Abhissinien herauszuholen. Viele werden zweifeln, ob es sich der Mühe lohnte, um einige Prediger willen, wegen denen der blutige Tanz losging, eine so ungeheure Summe auszugeben. Kaum ist indessen der Feldzug gegen den Halbbarbaren Theodor — der übrigens etwas von Zugurtha'scher Größe an sich hatte — beendet, so heißt es schon, das siegreiche englische Heer sei bestimmt, im Nordwesten von Indien gegen das vordringende Rußland Stellung zu nehmen.

Die Engländer sind bekanntlich, was man auch sonst gegen sie sagen mag, nicht geneigt, mit ihrer „Gloire“ zu bramarbasiren, obwohl sie zu den tapfersten Nationen zählen. Mit wenigen Ausnahmen ist daher der in Afrika ersochene Triumph ruhig hingenommen worden. Der Unterschied der Kräfte war freilich auch gar groß gewesen, und Theodor kämpfte im Grunde einen Kampf der Unmöglichkeit. Daß übrigens die Niederwerfung des Abhissinier-Fürsten dem englischen Namen in Indien zugute kommen, daß der Sieg bei Magdala dazu dienen werde, auf die Bevölkerungen des kolossalen britischen Reiches in Asien einen tiefen Eindruck zu machen; daß somit das in Afrika scheinbar verschwundene Geld und Blut auf der anderen Seite des arabischen Meeres seine Früchte tragen werde: dieser Hoffnung hat man sich hier, wenigstens in höheren politischen und militärischen Kreisen, vielfach hingeeben.

Es ist schwer, über das, was zwischen dem Aralsee und den Ghur- und Hindukusch-Bergen vorgeht, genaue Kenntniß zu erlangen; aber daß die Russen daselbst vordringen, unterliegt keinem Zweifel. Vor etwa vierzehn Tagen traf hier eine Depesche aus Bombay ein, dahin lautend, daß die Russen die Bucharen in einer großen Schlacht besiegt hätten, daß der Emir in der Schlacht gefallen und die Hauptstadt Buchara nachträglich von den Siegern gestürmt worden sei. Es ist möglich, daß dies wieder einmal eine „Tatarenbotschaft“ ist. Man hat deren schon viele aus jenen Gegenden bekommen. Indessen hat Rußland seit mehreren Jahren erkleckliche Fortschritte gegen Indien hin gemacht und würde sich die genannte Nachricht bestätigen, so wäre es für England, wenn es sein indisches Reich halten will, wohl hohe Zeit, an der nordwestlichen Grenze desselben etwas aufzupassen.

Was früher die „unabhängige Tatarei“ hieß, besteht seit einigen Jahren nur noch dem Namen nach; ein großer Theil derselben ist entweder unmittelbar oder mittelbar dem moskowitzischen Einflusse unterlegen. Diese Tatarei oder Turkestan, war bekanntlich bisher im Norden von Asiatisch-Rußland, im Süden von Afghanistan und Britisch-Indien begrenzt. Seine Bevölkerung war trotz der großen Ausdehnung des Gebietes nur etwa 7,000,000. Es bestand aus einer Anzahl Staaten oder Khanate, von welchen Khiva im Nordwesten, Khokand im Nordosten und Buchara im Süden die hauptsächlichsten bildeten. Der erste Angriff der Russen war gegen Khiva gerichtet, das jetzt seit einigen Jahren in ihrem Besitze ist. Die Unterwerfung Khokands erfolgte 1865. Im selben Jahre wurde die russische „Provinz Turkestan“ organisiert. Seitdem bekämpfte Rußland die Bucharen; man hörte mehr oder weniger Zuverlässiges

über Kämpfe und Friedensschlüsse — so noch von einem Vertragsschluß im verfloffenen Jahre. Wenn man jedoch jener Bombayer Depesche Glauben schenken will, so wäre Buchara schließlich von demselben Schicksale betroffen worden, wie Khiva und Khokand. Damit würde Rußland beinahe zum unmittelbaren Nachbar der britischen Herrschaft in Indien und „die in Asien parallel neben einander laufenden Interessen der beiden Mächte“, wie Palmerston es nannte, kämen in die Gefahr des feindlichen Zusammenstoßes.

Rußland hat natürlich stets behauptet, es hege keine feindlichen Absichten gegen England; allein das Aufeinanderstreffen könnte, obige Angabe als verlässlich vorausgesetzt, kaum fehlen. Das kaspische Meer ist ganz im Besitze Rußlands, das somit leicht seine Truppen an die Westküste der ehemals unabhängigen Tatarei werfen kann, und außerdem ist beabsichtigt, die neue Provinz Turkestan durch eine Eisenbahn mit dem übrigen Theile des Reiches zu verbinden. Dies alles ist geeignet, weiterblickende englische Staatsmänner zu beschäftigen, und so darf man wohl erwarten, daß die siegreiche Armee, die soeben aus Abhissinien zurückkehrt, bald wieder Verwendung auf asiatischem Boden erlangen wird. (N. Fr. Pr.)

### 50. Sitzung des Herrenhauses

vom 19. Juni.

Auf der Ministerbank: Se. Excellenz Herr Minister Dr. Brestel.

Präsident Fürst Colloredo eröffnet um halb 12 Uhr die Sitzung.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolles der letzten Sitzung wird der Einlauf mitgetheilt, darunter befindet sich eine Zuschrift der Staatsschulden-Controll-Commission, betreffend ihre Constatuirung; ferner mehrere Zuschriften vom Präsidium des Abgeordnetenhaus, in welchen die vom Abgeordnetenhaus gefaßten Beschlüsse, darunter die Finanzgesetze, mitgetheilt werden.

Es erfolgt sodann die erste Lesung der vom Abgeordnetenhaus übermittelten Gesetzentwürfe. Die Finanzgesetze werden der Budgetcommission; das Gesetz, wodurch die Zulässigkeit der Amortisationen von Talons aufgehoben wird, der juristischen Commission, endlich das Gesetz, betreffend die Ermächtigung der Regierung zur Vedeckung eines Nachtragserfordernisses für die politische Verwaltung, gleichfalls der Budgetcommission zur Vorberathung zugewiesen.

Es wird sodann zur Tagesordnung übergegangen.

Als erster Gegenstand gelangt der Bericht der Budgetcommission über die Gesetzentwürfe, betreffs der Umwandlung der Schuldtitel der bisherigen allgemeinen Staatsschuld, der Erhöhung der Gebühr von Lotteriegewinnen und des Verkaufes von unbeweglichem Staatseigenthume zur Verhandlung.

Nachdem Berichterstatter Frhr. v. Hock den Bericht verlesen, wird die Generaldebatte eröffnet.

Es meldet sich zum Wort

Graf Auerperg: Es ist vor allem auch im Ausschusse die Frage angeregt worden, in wie weit den vorgeschlagenen Gesetzen das Princip des Rechtes und der Gerechtigkeit zu Grund liege, und da sind mir doch einige Bedenken aufgestoßen. Es wird im Berichte auf das Steuergesetzgebungsrecht hingewiesen und darauf, daß sich im Staate ein gewisser Dualismus vereinige; die Eigenschaft als Staat und als Privatschuldner. Es muß dieses näher ins Auge gefaßt werden. Der Staat hat bei seiner seiner Verträge dadurch, daß er sie für steuerfrei erklärte, auf sein Steuerrecht verzichtet. Jeder Versuch daher, die Besteuerung solcher Coupons zu beschönigen, ist mißlungen, und nur die Nothwendigkeit kann hier entschuldigen. Ebenso wenig lassen sich die Zuschläge zu den bestehenden Steuern rechtfertigen. Man spreche also nicht von Rechten, sondern sage offen die Wahrheit, daß man der Nothwendigkeit weiche. Gerecht wäre es gewesen, erklärt weiter Redner, die vom Sistrungsministerium verfassungswidrig abgeschlossenen Anleihen nicht anzuerkennen. Ein mir befreundeter Redner hat an einem anderen Orte ausgesprochen: das Capital ist constitutionell geworden. Nun, daß es nicht aller Orten durch und durch constitutionell geworden ist, das hat eben jene Periode bewiesen. Allein das Haus, welches in erster Linie in Finanzfragen berufen ist, hat aus höheren Rücksichten von diesem Einspruchsrechte keinen Gebrauch gemacht, und so glaube ich, daß auch dieses Haus gleichfalls aus jenen höheren Rücksichten keine Einsprache erheben wird.

Ich stelle nun die Frage, wofür werden uns die Lasten auferlegt, wofür sollen wir sie bringen?

Und da sage ich; für die Staatsidee Oesterreichs und für das Bestreben, dem Rechte und dem Rechtsbewußtsein wenigstens so weit Rechnung zu tragen, als es in dem Maße unserer Kräfte liegt.

Vom liberalen Standpunkte möchte ich aber auch ein Interesse daran finden, daß wir diesem Gesetze beistimmen, weil ich alles beseitigt wissen will, was irgend im geringsten ein Hinderniß sein könnte für die große und schöne Mission, welche das gegenwärtige, welche nur ein parlamentarisches Ministerium zu lösen berufen; ich sage das gegenwärtige Ministerium vor allem ist berufen, das große Vaterland zu erretten und zu erhalten durch jene Grundsätze und auf jenen Wegen, auf welchen es bisher gewandelt ist. Dieses Ministerium zu unterstützen, so weit es in unsern Kräften liegt, halte ich für unsere Pflicht, und eine solche nicht unwesentliche Unterstützung finde ich in der Annahme dieser Gesetze.

Aus dem Berichte geht hervor, daß das Deficit noch nicht aufgehört hat. Wollen wir den Grund dessen wissen, müssen wir auf die Urquelle zurückgehen, aus welcher das Deficit entstanden ist; es ist die schlechte Politik der früheren Jahre und das übergroße Militärbudget. Es ist ein für Laien delicater Gegenstand, in das Detail dieser Frage einzugehen. Jeder Militär von Fach, der zugleich ein gut österreichisches Herz hat, muß fühlen, daß die Aufgabe, die Armee zu erhalten, nicht zugleich die Aufgabe sein kann, die Kräfte des Landes zu ruiniren, die ganze Bevölkerung am Ende zu misera contribucens plebs zu machen. Allein auch in dieser Beziehung haben wir die Verhütung, zum ersten male aus dem Munde eines Mitgliedes des Ministeriums die Versicherung erhalten zu haben, daß in dieser Hinsicht nach Kräften hingewirkt werden wird, um eine Ermäßigung jenes Etats zu erstreben.

Schließlich will ich mein Bedauern aussprechen, daß die Zeit so kurz war, daß eben in dieser so wichtigen Angelegenheit nicht gründlicher, nicht tiefer eingegangen werde, nicht manche nützliche Aenderungen und Anträge gemacht werden können. Andererseits beruhigt mich jedoch, daß dieses Haus verfassungsmäßig in Angelegenheiten des Finanzwesens zu einer Mitwirkung erst in zweiter Linie berufen ist und daß somit auch die Verantwortlichkeit dieses hohen Hauses erst in zweiter Linie treffen wird. Aus diesen Gründen werde ich für die Annahme dieses Gesetzes stimmen.

N. v. Schmerling: Ich muß vor allem gleichfalls mein Bedauern aussprechen, daß das Haus nicht in der Lage sein kann, über diesen so wichtigen Gegenstand ein eingehendes Urtheil abzugeben, wie es eigentlich nothwendig wäre, durch die Umstände ist es uns beinahe zur Unmöglichkeit geworden, an den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses Aenderungen vorzunehmen. Ich beklage das deshalb, weil es sonst doch vielleicht möglich gewesen wäre, auf die ursprünglichen Regierungsanträge zurückzukommen, welche ich nach jeder Richtung hin für besser halte. Diese Vorschläge haben nicht nur für ein, sondern für eine Reihe von Jahren Vorsorge getroffen. Ein anderer Vorzug derselben besteht darin, daß sie eine gleichmäßige Belastung für alle enthalten. Speciell scheint mir auch das Gesetz über die Unification der Staatsschuld, wie es die Regierung beantragte, bedeutend vorteilhafter zu sein, denn nur in diesen Anträgen der Regierung ist keine Rechtsverletzung vorhanden. Auch die Form der Unification, wie sie das Abgeordnetenhaus beschlossen, halte ich nicht für die zweckmäßigste. Ich hätte am liebsten gewünscht, hievon einfach eine 20perc. Steuer zu erheben, dadurch war am besten das Steuerrecht gewahrt und andererseits konnte dann von einer Reduction keine Rede sein.

Das Steuerrecht des Staates ist unbestreitbar und unzweifelhaft und somit kann gewiß auch der Coupon besteuert werden. Allein hier müssen doch auch die Folgen ins Auge gefaßt werden. Gerade in einer Zeit, wo die Preise auffallend steigen, sind wir daran, den weitesten Kreisen ihr Einkommen zu schwälern. Nur schmerzlich kann ich daher diesen Vorschlägen beistimmen, weil es eben die Nothwendigkeit erfordert.

Freih. v. Mertens: Ich will die Theilnahme und das Wohlwollen des hohen Hauses für eine Classe von Personen wach zu rufen suchen, die durch das Couponssteuergesetz am härtesten getroffen werden. Es sind dieses die Witwen und Waisen von Militärpersonen, die ihre Cautionen in Staatspapieren niederzulegen gezwungen waren.



Es ist diese Frage bereits im Abgeordnetenhaus zur Sprache gekommen und daselbst auch der Antrag gestellt worden, die Pensionen bis 600 fl. frei zu lassen. Der Herr Finanzminister hielt den Antrag für nicht am Platze und erklärte übrigens, daß er jedenfalls bereit sei, auf die Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Auf meine Frage, wie dieses zu verstehen sei, erwiderte der Herr Finanzminister im Ausschusse, daß er in einzelnen Fällen im Gnadenwege eine Ergänzung der Heiratscautions-Interessen eintreten lassen wolle. Ich möchte nun das hohe Haus bitten, daß die Witwen nicht gezwungen werden, das, was ihnen als gegründetes Recht zusteht, als Gnade erbitten zu müssen, um so mehr, da der Betrag, der dabei in Frage kommt, nicht gar so groß ist. Nach amtlichen Erhebungen beträgt die Summe der Cautionen, welche in Staatspapieren erliegen, bei 50 Millionen. Der Antheil der Witwen von Militärs macht kaum 5 Millionen aus. Die Zinsen dieser Millionen betragen daher nur 250.000 fl. und der fünfte Theil dieser Summe, welchen die Witwen durch die Steuer verlieren würden, ist 50.000 fl. Allein es wird sich kaum um 40.000 fl. handeln, und da glaube ich wohl, kann Rücksicht geübt werden. Ich stelle daher den Antrag, es sei die Regierung aufzufordern, das Geeignete zu veranlassen, daß die Heiratscautions-Interessen der Witwen von Militärs bis 600 fl. von der Steuer frei bleiben.

Finanzminister Prestel: Die Regierung dürfte sich der Thatsache nicht verschließen, daß durch den mit Ungarn geschlossenen Ausgleich sich die Sachlage wesentlich geändert habe; wie die Verhältnisse noch im vorigen Jahre standen, waren die Staatsschulden vom Gesamtstaate zu tragen; es lastete daher die Verpflichtung auf sämtlichen Steuerpflichtigen der ganzen Monarchie; durch den Ausgleich, der mit Ungarn getroffen wurde, hat Ungarn es abgelehnt, jenen vollen Betrag zu übernehmen, der verhältnißmäßig auf es gefallen wäre. Die diesseitigen Länder waren aber nicht in der Lage auf das, was sie hätten fordern können zu bestehen; sie hätten dadurch die Ordnung der Verhältnisse, das Bestehen des Staates und zugleich das Interesse der Staatsgläubiger gefährdet. Die diesseitigen Länder mußten daher die Anträge der Ungarn unfreiwillig annehmen, daraus könnte jedoch für sie keine Verbindlichkeit erwachsen, den von den Ungarn abgelehnten Betrag zu übernehmen. Es blieb also nichts übrig, als diesen Betrag im Wege der Besteuerung des Staatsgläubigers einzubringen, das ist der Standpunkt von dem die Regierung bei ihren Vorschlägen ausgegangen ist. Das Abgeordnetenhaus hat nun den Betrag, den sich die Ungarn zu übernehmen geweigert haben, höher angeschlagen und dem zu Folge auch eine höhere Besteuerung festgesetzt, zugleich aber auch die Conversion in eine zwangsweise verwandelt. Dieses war eine nothwendige Folge von dem Momente an, als man die Steuer höher stellte. Da die Ordnung der Finanzlage einmal geschehen muß, so blieb der Regierung nichts übrig, als, wenn auch ungern, den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses beizustimmen. Ebenso mußte die Regierung, nachdem die Vermögenssteuer abgelehnt wurde, und nachdem sie jeden Credit vermeiden will, auf die Erhöhung der bestehenden Steuern eingehen. Was den Antrag des Freih. von Mertens betrifft, so wird sich die Regierung demselben nicht widersetzen.

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Berichterstatters Freiherrn v. Hock wird zur Specialdebatte geschritten, und zwar zuerst über das Gesetz über die Umwandlung der verschiedenen Schuldtitel der bisherigen allgemeinen Staatsschuld. Freiherr v. Hock rechtfertigt den Schlußsatz des § 1, wonach das 20-Frankenstück gleich acht Gulden zu berechnen sei. Im Gesetze sei zwar von einer Zahlung in Gold nichts erwähnt, allein mit Rücksicht auf den einzuführenden Goldmünzfuß sei dieser Satz immerhin gerechtfertigt.

§ 2, der die Ausnahmen von der Convertirung feststellt, wird ohne Debatte angenommen.

§ 3 bestimmt die Modalitäten der Umwandlung und wird nach einigen rechtfertigenden Bemerkungen des Berichterstatters über die verschiedene Höhe der Convertirungsziffer angenommen.

§ 3 bestimmt den 20perc. Zinsenabzug von allen von der Convertirung ausgenommenen Papieren. (Wird angenommen.)

§ 5 bestimmt das Aufhören der Verlosung und des Rückkaufes der zur Convertirung bestimmten Papiere. (Angenommen.)

§ 6 und 7, die Vollzugsklauseln enthaltend, wird ebenfalls angenommen.

In der weiteren Verhandlung wird das Gesetz, betreffend die Erhöhung der Gebühr von Lotteriegewinnen, das bei Fosen der Staatslotterien 20 Percent, bei Fosen der Privatlotterien 15 Percent bestimmt, angenommen. Weiters wird das Gesetz über den Verkauf von unbeweglichem Staatseigenthume ganz nach der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen, nachdem Graf Wickenburg die Ausscheidung des Gutes Repolomice von den zu verkaufenden Gütern bedauert.

Berichterstatter beantragt die dritte Lesung sämtlicher dreier Gesetze, womit sich die ganze Versammlung einverstanden erklärt. Die Gesetze werden in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Der Berichterstatter bringt folgende Resolution vor:

2. Das hohe Haus wolle folgende Beschlüsse fassen:

a) „Indem das Haus über die Besteuerung und Umwandlung der fundirten Staatsschuld Beschluß faßt, erklärt daselbe, daß es seine Absicht nicht sei, hiedurch die Anerkennung der rechtlichen Verpflichtung zur Zahlung von Staatsschulden, welche ohne verfassungsmäßige Zustimmung der Reichsvertretung contrahirt wurden, auszusprechen oder der Ertheilung oder Verweigerung der Indemnität für derlei Anlehen vorzugreifen.“

b) Die Regierung wird aufgefordert, zur Deckung des Deficits für die nächsten Jahre Gesetzesvorlagen zur verfassungsmäßigen Behandlung einzubringen, durch welche:

aa) sämtliche bestehende directe Steuern auf gerechten Grundlagen reformirt werden,

bb) in Uebereinstimmung mit den Ländern der ungarischen Krone die Consumtionssteuer auf Zucker erhöht und

cc) wenn hiedurch allein das Deficit nicht gedeckt werden könnte, eine die Erreichung dieses Zweckes sichernde neue Abgabe eingeführt wird.

c) Es seien diejenigen Salzburger Cameralforste vom Verkaufe auszuschließen, die aus climatischen Rücksichten oder zum Schutze von Quellengebieten dienen.

Die Resolutionen werden sämtlich angenommen. Bezüglich der Resolution des Fr. v. Mertens bemerkt der Berichterstatter, daß man nicht eine einzige Classe allein bevorzugen könne. Handwerker und kleine Geschäftsleute, die ihre Ersparnisse in Papieren angelegt haben, werden wohl eben so hart getroffen und haben denselben Anspruch auf besondere Berücksichtigung. Es gibt andere Mittel, diesen Witwen der Militärs Ersatz zu bieten, allein eine Steuerrestitution ist höchst gefährlich.

H. v. Schmerling glaubt den Anschauungen des Berichterstatters entgegenzutreten zu müssen, weil es sich nur darum handelt, die Aufmerksamkeit der Regierung auf eine besondere Classe von Staatsangehörigen zu lenken, die durch dieses Gesetz hart getroffen werden. Uebrigens, meint Redner, können die Witwen nicht mit Handwerkern verglichen werden, weil der Staat die Witwen gezwungen hat, ihr Geld in Staatspapieren anzulegen.

Freiherr v. Mertens rechtfertigt noch einmal seinen Antrag.

Freiherr v. Handel liest einige Briefe von Officierswitwen vor, die alle ihr bitteres Elend beklagen.

Dr. Zelinka wendet sich gegen den Berichterstatter, indem er bemerkt, daß das Gesetz selbst Steueransprüche fixirt, daher eine Steuerrestitution, wie der Berichterstatter bemerkte, kein Unrecht sein könne.

Der Berichterstatter v. Hock bemerkt dem Bürgermeister von Wien gegenüber, daß es einen Unterschied von Steuerbefreiungen und Steuerrestitutionen gebe, auf die weitere Bekämpfung des Antrages verzichtet er.

Die Resolution Mertens wird hierauf mit enormer Majorität angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budgetcommission des Herrenhauses über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1868.

In der Generaldebatte ergreift niemand das Wort.

In der Specialdebatte werden die einzelnen Positionen nebst den von der Commission des Herrenhauses beantragten Resolutionen, deren wichtigste die von uns gebrachten, betreffend das Ackerbauministerium und das Votogefälle sind, ohne Einsprache genehmigt.

Bei der das Ackerbauministerium betreffenden Resolution bemerkt der Ackerbauminister, daß er die Annahme dem Hause empfehle und daß diese Resolution die Richtschnur seiner Thätigkeit sein werde.

Das ganze Finanzgesetz wird hierauf angenommen und zum Beschluß erhoben.

Graf Wickenburg beantragt Schluß der Sitzung.

Der Schluß der Sitzung wird abgelehnt.

Das Gesetz über Handels- und Gewerbekammern wird en bloc angenommen und in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Das Gesetz über Erbfolge in Bauerngütern wird ebenfalls ohne Debatte angenommen.

Schluß der Sitzung halb 4 Uhr.

Nächste Sitzung Dienstag.

## Der Staatsvoranschlag für 1868 im Herrenhause.

Wien, 18. Juni. Es liegt uns nun auch der Bericht der Budget-Commission des Herrenhauses über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1868 vor. Die Budget-Commission hatte zur Zeitgewinnung ihre Arbeiten begonnen, ehe noch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses an sie gelangten. Hiedurch ist die Commission in den Stand gesetzt, schon jetzt, zwei Tage nachdem jene Beschlüsse mit dem Schreiben des Präsidiums des hohen Herrenhauses vom 13. d. M. ihr übermittelt wurden, Bericht über dieselben zu erstatten. Die Commission hat geglaubt, dem Beispiele des Budget-Ausschusses des Abgeordnetenhauses folgend, für diesmal von einer tief eingehenden Kritik der vorliegenden Zifferansätze ganz absehen und selbst die Anträge auf Resolutionen des hohen Hauses auf einige wenige unerlässliche beschränken zu sollen, weil bereits fast die Hälfte

des Rechnungsjahres verstrichen ist und somit der Regierung die Zeit kaum gegönnt wäre, ihre Verfügungen den Beschlüssen des Reichsraths gemäß abzuändern, und weil der vorliegende Voranschlag, zum Theile von einem nunmehr abgetretenen Ministerium, zum Theile, wenn auch von dem gegenwärtigen Ministerium, so doch zu einer Zeit verfaßt, wo es noch nicht zu festen Entschlüssen über die zu ergreifenden Maßregeln gelangt sein konnte, nicht jenen Charakter der Abgeschlossenheit an sich trägt, der einen scharf formulirten Gegenstand der Ansichten hätte hervorrufen können. Ebenso sah sich die Commission durch den Wunsch, die ersuchte Beendigung der gegenwärtigen Reichsraths-Session nicht noch länger hinauszuschieben, veranlaßt, über manches hinauszugehen, was ihr an einzelnen Beschlüssen des Abgeordnetenhauses weniger zweckmäßig schien. Sie hat sich begnügt, das, was in ihrem Schoße an den Regierungsvorlagen und den Beschlüssen des anderen Hauses zu bemerken gefunden wurde, gewissermaßen als Anhaltspunkte für die gewiß nicht ausbleibende eindringliche Berathung des Budgets des nächsten Jahres in diesem Berichte zu verzeichnen, und was das Budget des Finanzministeriums betrifft, in dem Anhange II die Gegenstände anzugeben, über welche nach eingehenden Erörterungen im Schoße der Commission von Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister die gewünschten Aufklärungen ertheilt und Berücksichtigungen für die Zukunft zugesagt wurden. Aus diesem Grunde wird auch an den Zifferansätzen des Budgets und an dem Texte des Finanzgesetzes, wie sie vom Abgeordnetenhause gestellt worden sind, eine Aenderung nicht beantragt, und die Commission schlägt vielmehr vor: „Das hohe Haus wolle dem vorliegenden Entwurfe des Finanzgesetzes für das Jahr 1868 mit dem dazugehörigen Staatsvoranschlage seine Zustimmung ertheilen.“

Was die besonderen Bemerkungen und was die Anträge der Commission betrifft, so beschränken sie sich auf einige wenige Capitel und Titel des Budgets und auf einen Artikel des Finanzgesetzes. Einer Reproduction derselben können wir uns wohl enthalten. Doch ist von den Resolutionen Notiz zu nehmen, welche die Finanz-Commission in Antrag bringt.

Anlässlich des Etats für das Ackerbauministerium beantragt die Commission:

„Das hohe Haus wolle beschließen: die Regierung aufzufordern, im Jahre 1869 für das Ackerbauministerium einen höheren als den für heuer bewilligten Credit anzusprechen, wenn hiedurch für die Bedürfnisse der Landwirthschaft, soweit sie nicht aus den Mitteln der einzelnen Königreiche und Länder gedeckt werden können, entsprechend gesorgt wird. Besonders wird für landwirthschaftliche Schulen und Wanderlehrer, Beobachtungs- und Versuchsstationen, Reise-Stipendien, ein landwirthschaftliches Central-Museum, die Ausschreibung von Preisen für Erfindungen und Verbesserungen, Ackerbaukammern und einen obersten Landwirthschaftsrath zu sorgen sein.“

Die verspätete Vorlage des Voranschlages für das Jahr 1868 und die Eile, mit welcher er berathen werden mußte, veranlassen die Commission zu dem Antrage:

„Das hohe Haus wolle die Regierung auffordern, künftig das Budget mit solcher Beschleunigung vorzulegen, daß es reiflich und noch vor Eintritt des Jahres, für das es gelten soll, geprüft werden kann.“

General-Berichterstatter ist Freiherr v. Hock; die Fachreferenten sind: Freiherr v. Dobhoff für den Hofstaat, Reichsrath, Staatsrath und Ministerrath; Freih. v. Hock für das Finanzministerium, die Staatsschuld, die Beitragsleistung für die gemeinsamen Angelegenheiten; Fürst Jablonowski für das Ministerium des Innern; Freiherr v. Mertens für das Ministerium für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit; Ritter v. Miklosich für das Ministerium für Cultus und Unterricht; Ritter v. Schöller für das Handelsministerium; Fürst Schwarzenberg für das Ackerbauministerium; Ritter v. Pipitz für das Justizministerium; Graf Mercandin für die Rechnungscontrole.

## Aus Serbien.

Belgrad, 18. Juni. Die officiële „Erbska Novine“ erklären: Die serbische Regierung lehnt von sich jeden Gedanken ab, als könnte die Erbska Omladina an dem glücklichen Unglück Serbiens Schuld sein, wenn aber einige Mitglieder derselben in die Sache verwickelt erscheinen, so haben diese nur auf eigene Hand, nicht aber als Organe der Omladina gehandelt. — Der preussische Generalconsul erklärte im Namen seines Königs das innigste Beileid über das Unglück Serbiens.

Belgrad, 19. Juni. Es werden noch fortwährend Verhaftungen vorgenommen. Neuestens wurde Jjubomir Tadić aus Waljevo eingbracht, und erscheinen durch seine Aussagen zwei in Neufak lebende serbische Emigranten, Wladimir Jovanovits und Milovan Jankovits compromittirt. Im ganzen Lande herrscht ununterbrochene vollkommene Ruhe.

Belgrad, 19. Juni. Heute wurde der pensionirte Senator Azija Nenadovics eingezogen. Rittmeister Wladimir Nenadovics hat sich im Gefängnisse mit einer Glascherbe die Hauptader an Füßen und Händen zerschnitten. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Aus dem bisherigen Gange der Untersuchung soll her-



vorgehen, daß die Verschworenen den Fürsten Alexander Karageorgiewics nur benützen wollten und dieser in letzter Linie betrogen worden wäre.

## Die französische Recognoscirung am Rheine.

Mehrere auswärtige Blätter, namentlich auch die „Times“, hatten sich bekanntlich über eine Art Recognoscirung berichten lassen, welche die Straßburger Militärbehörden kürzlich in sehr demonstrativer Weise von Kehl aus das rechte Rheinufer hinab unternommen hätten. Der „Constitutionnel“ führt diese Geschichte auf folgenden ganz harmlosen Hergang zurück: „Seit mehreren Jahren beschäftigen sich die französischen und die badische Regierung mit der Regulirung des Rheinstromes. An vielen Stellen haben die Ausstrahlungen des Flusses bedentlichen Schaden angerichtet und Reparaturen und steinerne Befestigungen nöthig gemacht. Die an den Ufern wohnenden Bevölkerungen verlangen, mit jedem Tage mehr bedroht, diese Arbeiten in der dringendsten Weise. Die badische Regierung hat sich, man muß das anerkennen, in der löblichsten Weise beeilt, die Arbeiten auf dem rechten Ufer in Angriff zu nehmen. Wir unsererseits sind minder vorgeschritten. Durch ein kaiserliches Decret vom 27. Jänner 1867 wurde für die Vollenbung der Rheinarbeiten ein Credit von 18 Millionen eröffnet, der sich aber auf achtzehn Jahre vertheilt. Wäre es nicht mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache angemessen, die jährlichen Bewilligungen durch Einschränkung des Credits auf einen kürzeren Zeitraum zu vermehren? Diese Frage legte sich von selbst nahe und führte zu einer Art von Untersuchung an Ort und Stelle, an welcher der General der Division (Ducrot), der Präfect und die Ingenieure theilnahmen. Die Maires der beteiligten Gemeinden wurden einberufen. Eine Untersuchungsfahrt auf dem Rhein unternommen: sie dauerte drei Tage. Das Schiff der Ingenieure ging von der Schweiz bis nach Rheinbaiern, von Basel bis nach Lanterburg, ungefähr 184 Kilometer. Diese gewiß sehr friedliche Recognoscirung ist es, welche der Correspondent der „Times“ in eine Art von Invasion des deutschen Gebiets verwandelt. Er verwechselt und verwirrt alles; er nimmt Hagenau für Hünningen, Deiche für Befestigungen und Fernrohre für Chaffepotgewehre. Wissenschaftliche Beobachtungen verwandeln sich für ihn in strategische Studien und eine einfache Promenade in eine Cavallerie-Charge; er glaubt die Trompete von Valatlawa zu hören.“

## Bur Würdigung russischer Humanität.

Es ist bereits telegraphisch gemeldet worden, daß sich die französische Regierung den in dem Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff ausgesprochenen Wünschen bezüglich der Nichtanwendung der Sprenggeschosse im Kriege bereitwilligst angeschlossen hat. (Eine ebenfalls zustimmende Erklärung ist, laut der „Corr. Ital.“, auch von Seiten des Florentiner Cabinets erfolgt.) Die officiöse „Patrie“ begleitet dieses Rundschreiben mit folgenden Bemerkungen, welche geeignet sind, das menschenfreundliche Beginnen des russischen Reichskanzlers auf seinen wahren Werth zurückzuführen: „Der Fürst Gortschakoff hat an die russischen Agenten im Ausland ein Rundschreiben erlassen, mit dem Zwecke, den verschiedenen Mächten eine diplomatische Convention vorzuschlagen, durch welche die Anwendung von Sprenggeschossen (balles dites explosibles) im Krieg verboten würde. Indem wir uns aufs vollständigste diesem humanen Gedanken anschließen, müssen wir einige Bemerkungen machen, um die Frage genauer zu erklären. Dieses Sprenggeschoss ist, wie man weiß, ein hohles Geschoss für die Hand-Feuerwaffe, gefüllt, gleich der Granate, mit explosirenden Stoffen, und welches, indem es platzt, eine viel schlimmere Zerstörung anrichtet als die gewöhnliche Kugel. Man gebraucht es gegenwärtig nur gegen wilde Thiere, und es bringt, wenn es in den Körper des Thieres eindringt, unfehlbar den Tod. Keine civilisirte Regierung hat bisher den Gedanken gehabt, dergleichen Geschosse im Krieg anzuwenden; denn das Ziel, welches man verfolgt, wenn man kämpft, ist nicht sowohl, die feindlichen Soldaten zu tödten, als vielmehr sie außer Kampf zu setzen, d. h. außer Stand, den Kampf fortzusetzen. Wir fügen hinzu, daß der Gebrauch der Sprenggeschosse viel umständlicher und schwieriger ist als der gewöhnlicher Kugeln; daß er für das jetzige Zündnadel-Gewehr beinahe unmöglich ist, und daß endlich die Grausamkeiten, welche dadurch ausgeübt würden, durch keinen Vortheil vom militärischen Gesichtspunkte aus vergütet werden. Mit solchem Geschoss würde man weniger Menschen treffen und deshalb eine geringere Anzahl kampfunfähig machen, als mit der gewöhnlichen Kugel. Der Schritt der russischen Regierung hat somit nur eine moralische Bedeutung, und den Rathschlägen des Fürsten Gortschakoff ist gewissermaßen schon zuvorgekommen durch die Gesinnungen der Humanität, welche alle europäischen Mächte befeelen.“

## Oesterreich.

Wien, 19. Juni. (Berichtigung.) Die „Br. Abendpost“ schreibt: Das „Vaterland“ brachte gestern gegen den Herrn Ministerpräsidenten Fürsten

Kuersperg die Insinuation, er habe jene Erklärung, die ein Theil des böhmischen Adels im Jahre 1861 in der ersten Session des böhmischen Landtages einbrachte, mitunterzeichnet. Wir sind ermächtigt, die Mittheilung als eine gänzlich unrichtige zu bezeichnen.

— (Neue Alarmnachrichten.) Die „Br. Abendpost“ schreibt: Der „Patrie“ wird aus Wien gemeldet — und der „Nord“ benützt diese Mittheilung zu einer sehr eifrigen Expectoration — daß von Seite der k. k. Regierung bereits die Befehle zur Zusammenziehung einer namhaften Anzahl von Truppen an der serbischen Grenze ertheilt worden seien. Die Erzeigerung des „Nord“ ist so überflüssig, als die Nachricht der „Patrie“ unrichtig. Es haben nicht nur durchaus keine Truppenbewegungen stattgefunden, sondern es sind auch frühere Anordnungen in dieser Beziehung zum Behufe des Garnisonswechsels, um auch den entferntesten Anlaß zu Vermuthungen und Conjecturen hintanzuhalten, auf Anregung des Herrn Reichskanzlers nicht ausgeführt worden.

## Ausland.

Bukarest, 19. Juni. (Die Kammer) bewilligte eine jährliche Subvention von 23.500 Fr. für die rumänischen Schulen in Siebenbürgen und einen Credit von 300.000 Fr. zur Prägung rumänischer Silbermünzen. Am Schluß der Sitzung war die Versammlung nicht mehr beschlußfähig und wird es voraussichtlich bis zum Schluß der Session nicht wieder werden.

## Tagesneuigkeiten.

### Das Attentat von Töptschider.

Der ungarische Lloyd erhält von einem hochgestellten Mann in Belgrad folgende, aus den authentischen Erhebungen geschöpfte Darstellung des Attentats von Töptschider:

„Am 10. d. um 5 Uhr machte Fürst Michael eine Spazierfahrt nicht so sehr nach Töptschider, als nach dem Thiergarten, welcher die Verlängerung dieses Parks bildet. Es ist dies ein 1500 Zoch fassender eingezäunter Raum, ein prächtiger Niederwald mit dichtem Gesträup und schattenreichen Laubgängen. Die Wege, welche der Fürst eben ließ, gestatten es zwei oder drei Menschen, neben einander zu gehen. Bei der Eingangsporte des Thiergartens wurde abgestiegen und die Gesellschaft trat etwa gegen 6 Uhr in folgender Ordnung den Spaziergang an: Vorne ging der Fürst, neben ihm Katharina Konstantinowics, hinter ihm Anta, zwanzig bis dreißig Schritte rückwärts der Adjutant Garaschanin, der Romanja, die Witwe Jeffrem's am Arme führte, und ganz rückwärts befand sich der Leibdiener des Fürsten. Die Gesellschaft mochte ungefähr 18 Minuten vom Eingange entfernt sein, da gewahrte sie auf einem erhöhten Standpunkt drei Menschen in französischer Kleidung. Als sich ihnen der Fürst näherte, ging die Gruppe der Fremden auseinander; Zwei gingen nach der sich abwärts neigenden Böschung und der Dritte nach der andern Seite aus, wo das Terrain sich in die Höhe entwickelt, und machte bei einer großen Eiche Halt. Als der Fürst vorüberging, machten diese drei Fremden eine tiefe, ehrfurchtsvolle Verbeugung und salutirten mit der linken Hand. Nach weiteren zwei Schritten ertönte ein Schuß von dem vierten der Mörder, der im Gebüsch verborgen war. Gleichzeitig schossen auch die Drei ihre Waffen los. Der Fürst machte noch einen starken Schritt vorwärts, drehte sich um und stürzte mit dem Rufe: „Gott vergeb ihm!“ leblos zu Boden. Der Adjutant zog hierauf seinen Säbel, wurde jedoch von drei Schüssen getroffen, so daß er mit geschmettertem Arme benümmungslos zusammensank.“

Die Damen erhoben nach diesem schrecklichen Vorfalle ein entsetzliches Geschrei und muhten in Folge dessen den wüthenden Mördern als Opfer fallen. Anta, die gleichfalls zu Tode getroffen wurde, scheint sich ihren Angreifern gegenüber gewehrt zu haben, denn ihr Körper war furchtbarlich zugerichtet. Katharina erhielt drei Schüsse in die Schulter. Zwei Kugeln wurden bereits herausgenommen, die dritte konnte noch nicht gefunden werden. Der Fürst, dessen Leichnam bis zur Unkenntlichkeit entstellt war, hatte vier Kugeln und sieben Schnittwunden, da sich die entmenschten Mörder mit ihren Handscharen auf ihn stürzten, um seines Todes vollkommen sicher zu sein. Romanja hatte gleich nach dem ersten Schusse in ihrem Schreden die Flucht ergriffen, und da sie beim Laufen im Gebüsch stolperte, so mochten die Mörder sie gleichfalls für unschädlich gehalten haben. Mittlerweile gelang es auch dem Diener, das Thor zu erreichen, wo die Wagen halt gemacht hatten und sich auch die Gardien befanden. Auf den Lärm, den der Diener erhob, eilte alles nach der Mordstätte, wo man zwei Leichen und den verwundeten Adjutanten fand. Katharina hatte sich trotz ihrer Wunden fortgeschleppt, und die Mörder, es scheinen ihrer sieben gewesen zu sein, hatten bereits die Flucht ergriffen. Vier von ihnen waren mit Waffen versehen: die zwei (nicht drei) Brüder Radovanowics, Marics und Roglics aus Passarowitz. Drei von den Verbrechern schienen bloß als Aufpaffer verwendet worden zu sein.“

— Se. I. I. Apostolischen Majestät haben für die durch Feuer verunglückten Bewohner der I. f. Stadt Obbs einen Betrag von zweitausend Gulden aus der allerhöchsten Privatschatulle allergnädigst zu spenden geruht.

— Se. Majestät der Kaiser hat der Almosder reformirten Gemeinde im Bihar Comitat zur Ausbesserung ihrer Kirche 500 fl. allergnädigst zu bewilligen geruht.

— Se. Majestät der Kaiser haben dem Innsbrucker Musikvereine anlässlich seines 50jährigen Gründungsfestes 200 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

— Se. I. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Albrecht sind am 16. d. M. von der Inspektion der Festung Theresienstadt in Prag angelangt. Am 17. d. hielten der durchlauchtigste Herr Erzherzog eine Revue über die Prager Garnison ab. Se. I. Hoheit begeben sich von Prag über Pardubitz nach Trautenau, um der am 27. d. dort am Gablenzberge stattfindenden feierlichen Enthüllung des Denkmals für die im letzten Feldzuge gefallenen Krieger beizuwohnen.

— (Erster allgemeiner Beamtenverein der österr. Monarchie.) Der von diesem Vereine versendete Ausweis weist einen günstigen Stand der Geschäfte am 31. März d. J. nach. Es wurden in den Monaten Jänner, Februar und März l. J. 491 neue Mitglieder aufgenommen, und es standen am 31. März 3539 Versicherungsverträge, zusammen über 2.794.300 Gulden Capitalien und 12.027 Gulden Renten in Kraft. In den Monaten April und Mai sind weitere 251 Verträge über 190.030 Gulden Capitalien und 1000 Gulden Renten hinzugekommen, so daß am 31. Mai d. J. 3844 Versicherungsverträge über 2.984.330 Gulden Capitalien und 13.027 Gulden Renten in Kraft standen. — Im ersten Quartale 1868 wurden 6.450 Gulden fällige Versicherungssummen ausgezahlt; an Wertheffekten hat der Verein bei der priv. österr. Nationalbank 108.760 Gulden zur Aufbewahrung hinterlegt. Die Vorschuß-Abtheilung zählt 1676 Theilhaber, von denen bis Ende März 66.279 Gulden als Theilseinslagen eingezahlt wurden, und es wurden im ersten Quartale 1868 im Ganzen 624 Vorschüsse von zusammen 33.183 Gulden ertheilt.

— (Die Normatage.) Seit der Publication der confessionellen Gesetze hat die Angelegenheit der sogenannten Normatage, d. h. derjenigen kirchlichen Feiertage, an welchen alle öffentlichen Lustbarkeiten unbedingt untersagt sind, viel von sich reden machen und es haben einzelne Inhaber öffentlicher Etablissements, gesinnungstüchtigen Freisinn mit ihrem geschäftlichen Vortheile geschickt verbindend, auf Grund der neuen Gesetze bereits auf eigene Hand jene Normatage zu ignoriren begonnen. Die Sache liegt indeß sehr einfach. Die confessionellen Gesetze thun der Normatage überhaupt keine Erwähnung und es kann also auch die Schlussfolgerung nicht platzgreifen, daß alle diesen Gesetzen zuwiderlaufenden Verordnungen außer Kraft treten. Aber allerdings verschließt sich die Regierung der Erkenntniß nicht, daß die alten Verordnungen mit dem Geiste der neuen Gesetzgebung nicht wohl vereinbar sind, und sie ist deshalb bereits mit der Revision jener Verordnungen in der Richtung beschäftigt, daß einerseits eine entsprechende Beschränkung der bisher sehr zahlreichen Normatage und andererseits eine Regelung derselben dahin ins Leben geführt wird, daß beispielsweise nicht mehr der Fall sich ereignet, wo derselbe Schauspieler, der in Wien aus Anlaß eines Normatages feiern muß, an demselben Tage unbehindert in Brunn oder Linz oder noch näher an Wien die Bühne betritt.

— (Zum dritten deutschen Bundesschießen.) Ueber Antrag des Landesoberstschützenmeisters Dr. Haslwanter hat der Landesausschuß für Tirol eine Ehrengabe zum dritten deutschen Bundesschießen in Wien votirt. Diese Ehrengabe besteht in einer Fahne mit 100 Stück Ducaten in Gold. — Wie die „Volks- und Schützenzeitung“ meldet, hat das k. k. Reichskriegsministerium mit Erlaß vom 11. d. M. die Unterbringung der Tiroler Schützen während des Bundesschießens in der Heumarktkaserne bewilligt.

— (Aufhebung von Consulaten.) In Triest sind jetzt die früheren Consulate von Braunschweig, Sachsen, Mecklenburg, Sachsen-Altenburg, Preußen, Hamburg und Lübeck aufgehoben worden. Im ganzen sind es die Consulate von sechs deutschen Staaten, welche früher in Triest bestanden und nun in Folge der Ereignisse von 1866 unter dem General-Consulate des norddeutschen Bundes vereinigt werden.

— (Störung des Frohnleichnamszuges.) Wie im vorigen Jahre Verona, war heuer Venedig am Frohnleichnamstage der Schauplatz eines Scandals, der gelegentlich der kirchlichen Procession losbrach. Der Pöbel stürzte sich auf die celebrirten Priester los, so daß diese entsetzt nach allen Richtungen in die nächsten Cafés und Kauläden flüchteten; der greise Cardinalpatriarch wurde durch einen Officier mit blankem Säbel gegen die andringenden Strolche vertheidigt. Zum Glück war diesmal schneller als in Verona eine Militärabtheilung aufgezoogen, die mit aufgezogenem Bajonnet den Pöbel zerstreute und die kostbaren Kirchengeräthe, die allenthalben in wilder Unordnung umherlagen, in Sicherheit brachte.

— („Mafia.“) Aus Florenz wird geschrieben: Man ist einem blutigen Geheimbunde auf der Spur, dem vor wenigen Tagen zu Ravenna der Generalprocurator, Herr Cappa, als Opfer fiel und welcher der Opfer schon so viele unentdeckt und bestraft in die andere Welt beförderte. Es ist eine Art Rächerbund, dessen Mitglieder alles mit dem Dolch aus dem Wege räumen, was sich ihren Unthaten widersetzt oder die Thäter zur Rechenschaft ziehen will. Mafia heißen sie ihren Geheimbund, der in allen Städten der Romagna und der Marken seine Affiliirten hat.

— (Der Abzug aus Abyssinien) scheint den Engländern denn doch nicht gar so sehr am Herzen zu liegen, wenigstens waren bis 26. v. M. in Bombay noch keine Truppen aus Abyssinien eingetroffen.



**Börsenbericht.** Wien, 19. Juni Fonds und Actien schwächer. Geld flüssig. Geschäft sehr

Neueste Post.

Paris, 20. Juni. Der gesetzgebende Körper nahm den Gesetzentwurf, den Bau von siebenzehn Eisenbahn-

## Gandel und Volkswirthschaftliches.

Durchschnitts = Preise.				
	Wkt. =	Wgg. =		
	fl. fr.	fl. fr.		
Weizen pr. Megen	5 50	— —	Butter pr. Pund	— 38
Korn "	3 50	— —	Eier pr. Stüd	— 14
Gerste "	2 60	— —	Witz pr. Maß	— 10
Haser "	2	— —	Rindfleisch pr. Pfd.	— 21
Salbsrucht "	—	— —	Kalbfleisch "	— 18
Heiden "	3 40	— —	Schweinefleisch "	— 24
Hirse "	3	— —	Schöpfensfleisch "	— 13
Ankurng "	—	— —	Hähndel pr. Stüd	— 25
Erbsäfel "	1 40	— —	Tauben "	— 14
Linsen "	4 20	— —	Hen pr. Zentner	— 80
Erbsen "	4	— —	Stroh "	— 70
Hifolen "	5	— —	Holz, hart, " pr. Kfst.	— 7
Rindschmalz Pfd.	— 45	— —	weiches, "	— 5
Schweineschmalz "	— 45	— —	Wein, rother, pr.	
Sped, frisch, "	— 38	— —	Eimer	— 10
— geräuchert "	— 40	— —	— weißer "	— 12

Am 18. Juni.

**Elefant.** Die Herren: Barth, k. k. Hauptcassa-Controlor; Wallmann, Particulier, und Hell, Kaufm., von Triest. — Lucic, k. k. Beamter, von Wien. — Kamann, Kaufm., von Klagenfurt. — Heidel, Privatier, von Cilli. — Frau Bianchi, von Heidenchaft.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

	Sunt	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 6° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Zust. des Himmels	Wetterförmig kürzer 24 St. in Pariser Stunden
20.		6 U. Mg.	328. <sub>26</sub>	+14. <sub>4</sub>	windstill	ganz bew.	
		2 „ N.	328. <sub>01</sub>	+19. <sub>8</sub>	SSO. f. sch.	f. ganz heiter	0. <sub>67</sub>
		10 „ Ab.	328. <sub>25</sub>	+15. <sub>2</sub>	windstill	fast heiter	
21.		6 U. Mg.	327. <sub>84</sub>	+14. <sub>3</sub>	windstill	f. ganz heiter	
		2 „ N.	327. <sub>13</sub>	+20. <sub>4</sub>	windstill	theilw. bew.	0. <sub>00</sub>
		10 „ Ab.	326. <sub>98</sub>	+15. <sub>8</sub>	windstill	ganz bew.	

Den 20: In der Nacht fiel ein schwacher Regen. Der morgens fast ganz bewölkter Himmel lütherte sich bis Mittag völlig auf, behielt jedoch immer eine trübe Färbung. Den 21: Der Morgen war fast ganz heiter, nur Höhenrauch trübte etwas die Aussicht. Tagsüber bildeten sich Haufenwolken bis endlich Abends der ganze Himmel sich gleichmäßig überzog, Mittlere Tagestemperatur am 20. + 16.47° um 1.57°, am 21. + 16.77°, um 1.87° über dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Öffentliche Schuld.		B. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.=Entf.=Oblig.		Geld Waare		Geld Waare	
A. des Staates (für 100 fl.)							
	Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare
Zu d. W. zu SpGt. für 100 fl.	54.30	54.40	Niederösterreich . . zu 5%	86.—	86.25	Südb. St.-L. ven. u. z. i. E. 200 fl.	176.75 177.—
Zu österr. Währung steuerfrei	58.75	58.85	Oberösterreich . . " 5 "	87.50	88.—	Gal. Karl-Lud.-B. z. 200 fl. EM.	203.25 203.50
1/2 Steuerranlehen in öst. W.	93.—	93.50	Salzburg . . . . . " 5 "	87.—	88.—	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	156.— 156.50
Silber-Anlehen von 1864 . .	67.50	68.—	Böhmen . . . . . " 5 "	91.50	92.50	Deft. Don.-Dampfsch.-Ges. EM.	502.— 504.—
Silberanl. 1865 (Frez.) rückzahlb.			Mähren . . . . . " 5 "	88.50	89.—	Oesterreich. Lloyd in Triest 500 fl. EM.	230.— 232.—
in 37 J. zu 5 pCt. für 100 fl.	72.75	73.25	Sachsen . . . . . " 5 "	88.50	89.50	Wien-Dampfm.-Actg. . . . .	365.— 375.—
Nat.=Anl. mit Jän.-Coup. zu 5%	63.10	63.25	Steiermark . . . . " 5 "	87.—	88.—	Pfeifer Kettenbrüde . . . .	400.— 405.—
" " Apr.=Comp. " 5 "	63.—	63.10	Ungarn . . . . . " 5 "	75.—	75.50	Anglo-Anstria-Bant zu 200 fl.	133.50 134.—
Metaliques " 5 "	57.15	57.30	Temeser = Banat . . " 5 "	73.—	73.50	Leipzig Czernowitzer Actien .	178.— 178.50
detto mit Nat.=Coup. " 5 "	58.50	58.70	Croatien und Slavonien " 5 "	75.—	75.50	Pfandbriefe (für 100 fl.)	
detto " " 4 1/2 "	50.50	51.—	Galizien . . . . . " 5 "	65.—	65.50	National- bank auf } verlosbar zu 5%	96.70 96.80
Mit Verlosf. v. J. 1839 . .	165.—	165.50	Siebenbürgen . . . " 5 "	69.—	69.75	E. M.	
" " " 1854 . . . .	79.—	79.50	Bukovina . . . . . " 5 "	65.—	65.50	Nationalb. auf d. W. verlosb. 5 "	92.10 92.30
" " " 1860 zu 500 fl.	84.40	84.50	Ung. m. d. B.=E. 1867 " 5 "	72.50	73.—	Ung. Bod.=Cred.=Anst. zu 5 1/2 "	92.50 92.75
" " " 1860 " 100 "	93.—	93.25	Tem. B. m. d. B.=E. 1867 " 5 "	72.—	72.25	Ung. öst. Boden=Credit=Anstalt verlosbar zu 5% in Silber	99.25 99.75
" " " 1864 " 100 "	87.90	88.—	Actien (pr. Stück).			Loose (pr. Stück.)	
Como-Rentensch. zu 42 L. aust.	21.20	21.50	Nationalbank . . . . .	709.—	711.—	Cred.-A. f. S. u. G. z. 100 fl. d. W.	135.25 135.75
Domainen 5perc. in Silber	106.75	107.25	K. Ferd.=Morbb. zu 1000 fl. d. W.	1780.—	1785.—	Don.-Dampfsch.=G. z. 100 fl. EM.	93.50 94.—
			Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	191.40	191.50	Stadtgem. Ofen " 40 " d. W.	25.— 26.—
			N. d. Escom.=Ges. zu 500 fl. d. W.	661.—	603.—	Esterhazy zu 40 fl. EM.	155.— 165.—
			S.=E.=G. zu 200 fl. EM. o. 500 Fr.	257.60	257.70	Salin " 40 " " . . . . .	35.— 35.50
			Kais. Eisf. Bahn zu 200 fl. EM.	163.—	163.25		
			Südb. nordb. Ver.=B. 200 " "	147.25	147.50		

**W e c h s e l .** (3 Monate.)

Augsburg für 100 fl. südd. W. 96.60 96.80

Frankfurt a. M. 100 fl. detto 96.75 97.—

Lombard, für 100 Mark Banco 85.60 86.90

London für 10 Pf. Sterling . 116.— 116.20

Paris für 100 Franken . . . 46.— 46.10

**Cours der Geldsorten**

	Geld	Waare
K. Münz-Ducaten	5 fl. 53 kr.	5 fl. 54 1/2 fr.
Napoleon'sdor	9 " 25 "	9 " 25 1/2 "
Russ. Imperials	9 " 55 "	9 " 57 "
Bereinsthaler	1 " 71 "	1 " 71 1/2 "
Silber	113 " 75 "	114 " — "

Krainische Grundentlastungs = Obligationen, Pri-  
vatnotirung: 85 Geld, 88 Waare.